

Krankenkassen

Ärzte Zeitung online, 22.02.2017

Zehnjahresvergleich

PKV-Beiträge steigen weniger als in der GKV

BERLIN. Meldungen von zweistelligen Beitragserhöhungen in diesem Jahr beunruhigen die Privatversicherten. PKV-Verbandsdirektor Dr. Volker Leienbach hat die Bundesregierung nun aufgefordert, die gesetzlichen Regeln für Beitragsanpassungen in der PKV zu ändern.

Die Beiträge in der PKV anzuheben ist bislang nur möglich, wenn der Anstieg der Leistungsausgaben einen starren Schwellenwert von mehr als zehn Prozent über dem kalkulierten Wert übersteigt. Das führe bisweilen zu einem willkürlich anmutenden Wechsel von mehrjährigen Nullrunden und dann sprunghaft ansteigenden Beiträgen, sagte Leienbach auf einer Veranstaltung der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen in Berlin.

"Wir setzen uns für eine andere gesetzliche Regelung ein, die auch von Verbraucherschützern unterstützt wird", sagte Leienbach. Von 2007 bis 2017 seien die Beitragseinnahmen pro Kopf in der gesetzlichen Krankenversicherung um durchschnittlich 3,2 Prozent pro Jahr gestiegen, in der privaten Krankenversicherung seien es lediglich 3,0 Prozent – die aktuellen Erhöhungen und die Altersrückstellungen bereits eingerechnet, rechnete Leienbach vor.

Leienbach sprach sich gegen eine Portabilität der Altersrückstellungen für Altversicherte (vor 2009) aus. Das greife erstens in die Vertragsfreiheit ein und führe zweitens zu Kollateralschäden. Jüngere und Gesunde würden eine rückwirkende Portabilität zum Unternehmenswechsel nutzen können, während das zurückbleibende Versichertenkollektiv durch die ursprünglich nicht einkalkulierte Weggabe der Alterungsrückstellungen geschädigt würde. Wichtig sei daher, dass der Tarifwechsel innerhalb der Unternehmen künftig verbessert werde. (af)

[mobile](#) | [Desktop-Darstellung](#) | [nach oben](#)

[Home](#) | [Politik](#) | [Medizin](#) | [Wirtschaft](#) | [Panorama](#) | [Suchen](#) | [Impressum](#) | [ANGB](#)

Copyright © Ärzte Zeitung Verlags-GmbH